

Namensänderung

Das bürgerliche Gesetzbuch (BGB) regelt das deutsche Namensrecht (z. B. Namensänderung im Zusammenhang mit einer Eheschließung oder Namensänderung für Kinder) grundsätzlich abschließend. Es enthält eine Vielzahl von Bestimmungen, die bei familienrechtlichen Änderungen Auswirkungen auf den Namen zwingend vorsehen oder ermöglichen.

Zudem gibt es die Möglichkeit der öffentlich-rechtlichen Namensänderung, was eine Ausnahme hinsichtlich der Bestimmungen des BGB's darstellt. Die öffentlich-rechtliche Namensänderung kann Unzuträglichkeiten bereinigen, die der rechtmäßig geführte Name mit sich bringt.

Familienname

Ein Familienname darf im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Namensänderung nur geändert werden, wenn ein wichtiger Grund diese Änderung rechtfertigt. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn das schützwürdige Interesse des Antragsstellers gegenüber entgegenstehender schützwürdiger Interessen anderer Beteiligter an der Namensänderung überwiegt.

Grundsätzlich steht der Familienname nicht zur freien Verfügung des Namensträgers. Eine Namensänderung kommt z. B. nicht in Betracht wenn der Name dem Namensträger nicht gefällt oder weil ein anderer Name klangvoller ist oder eine stärkere Wirkung auf Dritte ausübt.

Es besteht ein öffentliches Interesse an der Beibehaltung des Familiennamens, da dies ein wichtiges Identifizierungsmerkmal einer Person ist. Deshalb soll dem Antrag nur entsprochen werden, wenn gegen die Änderung des Familiennamens unter dem Gesichtspunkt künftiger Identifizierung keine Bedenken bestehen.

Vorname

Wie bei der Familiennamensänderung darf auch der Vorname einer Person nur aus wichtigem Grund geändert werden.

Vor der Antragstellung ist eine Beratung bei der zuständigen Behörde (Landkreis Tirschenreuth) zu empfehlen.